

Reichsgesetzblatt

Teil I

1938	Ausgegeben zu Berlin, den 21. März 1938	Nr. 31
Tag	Inhalt	Seite
18. 3. 38	Waffengesetz	265
19. 3. 38	Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes	270
21. 3. 38	Ausführungsbestimmungen zu § 9 Abs. 2 Satz 2 und § 11 Satz 2 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes	276

Waffengesetz.

Vom 18. März 1938.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Abchnitt I

Allgemeines

§ 1

(1) Schusswaffen im Sinne dieses Gesetzes sind Waffen, bei denen ein fester Körper durch Gas- oder Luftdruck durch einen Lauf getrieben werden kann.

(2) Als Munition im Sinne dieses Gesetzes gilt fertige Munition zu Schusswaffen sowie Schießpulver jeder Art.

(3) Fertige oder vorgearbeitete wesentliche Teile von Schusswaffen oder Munition stehen fertigen Schusswaffen oder fertiger Munition gleich.

§ 2

Sieb- oder Stoßwaffen im Sinne dieses Gesetzes sind Waffen, die ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, durch Sieb- oder Stoß oder Stich Verletzungen herbeizubringen.

Abchnitt II

Herstellung von Schusswaffen und Munition

§ 3

(1) Wer gewerbsmäßig Schusswaffen oder Munition herstellen, bearbeiten oder instand setzen will, bedarf dazu der Erlaubnis. Als Herstellen von Munition gilt auch das Wiederladen von Patronenhülsen.

(2) Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Antragsteller die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und im Reichsgebiet einen festen Wohnsitz hat.

(3) Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern Ausnahmen von den Vorschriften des Abs. 2 zulassen.

(1) Die Erlaubnis darf ferner nur erteilt werden, wenn der Antragsteller und die für die kaufmännische oder für die technische Leitung seines Betriebes in Aussicht genommenen Personen die für den Betrieb des Gewerbes erforderliche persönliche Zuverlässigkeit und wenn der Antragsteller oder die für die technische Leitung seines Betriebes in Aussicht genommene Person die für den Betrieb des Gewerbes erforderliche fachliche Eignung besitzen.

(2) Die Erlaubnis darf nicht erteilt werden, wenn der Antragsteller und die für die kaufmännische oder für die technische Leitung seines Betriebes in Aussicht genommenen Personen oder einer von ihnen Jude ist.

§ 4

(1) Bei der Erteilung der Erlaubnis kann eine Frist bis zur Dauer eines Jahres bestimmt werden, innerhalb deren das Gewerbe begonnen werden muß, widrigenfalls die Erlaubnis erlischt. Ist eine Frist nicht bestimmt, so erlischt die Erlaubnis, wenn das Gewerbe nicht innerhalb eines Jahres nach Erteilung der Erlaubnis begonnen wird. Die Fristen können verlängert werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

(2) Die Erlaubnis erlischt ferner, wenn der Gewerbetreibende das Gewerbe seit einem Jahr nicht mehr ausgeübt hat, ohne daß ihm darüber hinaus eine Frist gewährt worden ist, innerhalb deren das Gewerbe wieder aufgenommen werden muß. Diese Frist beträgt höchstens ein Jahr; sie kann verlängert werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

(3) Der Gewerbetreibende hat binnen einer Woche schriftlich anzuzeigen, daß er das Gewerbe begonnen hat oder nicht mehr ausübt.

§ 5

(1) Die Erlaubnis zur Ausübung des Gewerbes ist zurückzunehmen, wenn in der Person des Gewerbetreibenden oder des Leiters des Betriebes die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, die für die Erteilung der Erlaubnis erforderlich sind.

(2) Soll die Erlaubnis zurückgenommen werden, so kann die Weiterführung des Gewerbebetriebes mit sofortiger Wirkung vorläufig untersagt werden. Diese Maßnahme tritt außer Kraft, wenn nicht innerhalb einer Woche der Antrag auf Rücknahme der zuständigen Behörde vorgelegt wird, die über die vorläufige Untersagung vorab zu entscheiden hat; gegen diese Entscheidung ist eine Beschwerde nicht zulässig.

§ 6

Ist die Erlaubnis versagt oder zurückgenommen worden, so darf innerhalb zweier Jahre eine neue Erlaubnis nur erteilt werden, wenn besondere Umstände dies rechtfertigen.

Abschnitt III

Handel mit Waffen und Munition

§ 7

(1) Wer gewerbsmäßig Schusswaffen oder Munition erwerben, feilhalten oder anderen überlassen oder wer gewerbsmäßig den Erwerb oder das Überlassen solcher Gegenstände vermitteln oder sich gewerbsmäßig zu ihrem Erwerb oder Überlassen erbieten will, bedarf dazu der Erlaubnis.

(2) Die Vorschriften des § 3 Abs. 2 bis 5 und der §§ 4 bis 6 gelten entsprechend.

(3) Eine nach § 3 Abs. 1 erteilte Erlaubnis umfaßt zugleich die Erlaubnis, Schusswaffen und Munition gewerbsmäßig zu erwerben, feilzuhalten oder anderen zu überlassen.

§ 8

Die Erlaubnis nach § 7 darf Eröffern nicht erteilt werden.

§ 9

(1) Verboten ist der Handel mit Schusswaffen oder Munition sowie mit Hieb- oder Stoßwaffen

1. im Umherziehen,
2. auf Jahrmärkten, Schützenfesten und Messen mit Ausnahme der Mustermessen.

(2) Nicht unter das Verbot des Abs. 1 Nr. 2 fällt das Feilhalten und Überlassen der bei einem Schützenfest auf dem Schießstande benötigten Munition.

§ 10

(1) Schusswaffen, die gewerbsmäßig feilgehalten oder anderen überlassen werden, müssen die Firma des Herstellers und eine fortlaufende Herstellungsnummer tragen.

(2) Schusswaffen, die nicht die Firma eines inländischen Herstellers tragen, müssen außer den nach Abs. 1 vorgeschriebenen Angaben die Firma oder das eingetragene Warenzeichen eines im Inlande wohnenden Händlers tragen.

Abschnitt IV

Erwerb, Führen, Besitz und Einfuhr von Waffen und Munition

§ 11

(1) Faustfeuerwaffen dürfen nur gegen Ausbändigung eines Waffenerwerbsscheins überlassen oder erworben werden.

(2) Der Waffenerwerbsschein gilt für die Dauer eines Jahres, vom Tage der Ausstellung an gerechnet.

(3) Abs. 1 gilt nicht für:

- a) die Überlassung von Faustfeuerwaffen auf einem polizeilich genehmigten Schießstand zur Benutzung lediglich auf diesem Schießstand;
- b) die Versendung von Faustfeuerwaffen unmittelbar in das Ausland;
- c) die Übermittlung von Faustfeuerwaffen durch Personen, die gewerbsmäßig Güterverladungen besorgen oder ausführen, insbesondere durch Spediteure, Frachtführer, Befrachter eines Seeschiffes, die Deutsche Reichspost oder die Deutsche Reichsbahn;
- d) den Erwerb von Todes wegen.

§ 12

Eines Waffenerwerbsscheins bedürfen nicht:

1. Behörden des Reichs oder der Länder, die Reichsbank und das Unternehmen „Reichsautobahnen“;
2. Gemeinden (Gemeindeverbände), denen die oberste Landesbehörde den Erwerb ohne Erwerbsschein gestattet hat;
3. die vom Stellvertreter des Führers bestimmten Dienststellen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Gliederungen;
4. die vom Reichsminister der Luftfahrt bestimmten Dienststellen des Luftschutes und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps;
5. die vom Reichsminister des Innern bezeichneten Dienststellen der Technischen Nothilfe;
6. die in den §§ 3, 7 bezeichneten Gewerbetreibenden, die sich durch eine behördliche Bescheinigung ausweisen;
7. Inhaber von Waffenscheinen und Jahresjagdscheinen.

§ 13

(1) Jugendlichen unter 18 Jahren dürfen Schusswaffen und Munition sowie Hieb- oder Stoßwaffen nicht entgeltlich überlassen werden.

(2) Die zuständige Behörde kann Ausnahmen zulassen.

§ 14

(1) Wer außerhalb seines Wohn-, Dienst- oder Geschäftsraumes oder seines befriedeten Besitzums eine Schusswaffe führt, muß einen Waffenschein bei sich tragen. Als Führen einer Schusswaffe gilt nicht ihr Gebrauch auf polizeilich genehmigten Schießständen.

(2) Der Waffenschein ist, sofern seine Geltung nicht ausdrücklich auf einen bestimmten engeren Bezirk beschränkt wird, für das ganze Reichsgebiet gültig. Seine Geltung kann auf bestimmte, ausdrücklich bezeichnete Gelegenheiten oder Erlichkeiten beschränkt werden.

(3) Der Waffenschein gilt für die Dauer von drei Jahren vom Tage der Ausstellung an gerechnet, soweit nicht eine kürzere Geltungsdauer auf ihm vermerkt ist.

§ 15

(1) Waffenerwerbsscheine oder Waffenscheine dürfen nur an Personen, gegen deren Zuverlässigkeit keine Bedenken bestehen, und nur bei Nachweis eines Bedürfnisses ausgestellt werden.

(2) Die Ausstellung hat insbesondere zu unterbleiben:

1. an Personen unter 18 Jahren;
2. an Entmündigte und geistig Minderwertige;
3. an Zigeuner oder nach Zigeunerart umherziehende Personen;
4. an Personen, gegen die auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht oder auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden ist, für die Dauer der Zulässigkeit der Polizeiaufsicht oder des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte;
5. an Personen, die wegen Landesverrats oder Hochverrats verurteilt sind, oder gegen die Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß sie sich staatsfeindlich betätigen;
6. an Personen, die wegen vorsätzlichen Angriffs auf das Leben oder die Gesundheit, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen eines gemeingefährlichen Verbrechens oder Vergehens, wegen einer strafbaren Handlung gegen das Eigentum, wegen eines Jagdvergehens oder wegen eines Fischereivergehens zu einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Wochen rechtskräftig verurteilt worden sind, wenn seit Verbüßung der Strafe drei Jahre noch nicht verfloßen sind. Der Verbüßung der Freiheitsstrafe steht ihre Verjährung, ihr Erlass oder ihre Umwandlung in eine Geldstrafe gleich; in diesem Falle beginnt die dreijährige Frist mit dem Tage, an dem die Freiheitsstrafe verjährt oder erlassen oder in eine Geldstrafe umgewandelt worden ist. Ist die Strafe nach einer Probezeit ganz oder teilweise erlassen, so wird die Probezeit auf die Frist angerechnet.

(3) Ausnahmen von Abs. 2 Nrn. 1 und 6 können auf Antrag bewilligt werden.

§ 16

Für die Ausstellung eines Waffenerwerbsscheins oder eines Waffenscheins werden nach näherer Bestimmung in der Durchführungsverordnung Gebühren erhoben.

§ 17

Der Waffenerwerbsschein oder der Waffenschein ist zu widerrufen und einzuziehen, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung des Scheines nicht gegeben waren oder nicht mehr vorliegen.

§ 18

Eines Waffenerwerbsscheins oder eines Waffenscheins bedürfen hinsichtlich der ihnen dienstlich gelieferten Schusswaffen nicht:

1. die Angehörigen der Wehrmacht;
2. die Polizeibeamten einschließlich der Bahnpolizeibeamten, die Bahnschutzeangehörigen im Bahnschutzdienst und die Postschutzeangehörigen im Postschutzdienst;
3. die Angehörigen der H Verfügungstruppe und der H Totenopferverbände;
4. die Beamten der Vollzugsanstalten der Reichsjustizverwaltung;
5. die im Grenzaufsichts-, Grenzabfertigungs- und Zollabhandlungsdienst verwendeten Amtsträger der Reichsfinanzverwaltung;
6. die Bediensteten des Unternehmens „Reichsautobahnen“, zu deren Aufgabentransport die Überwachung der Kraftfahrbahnen gehört;
7. die im Forst-, Feld- und Jagdschutz verwendeten Beamten und Angestellten, die entweder einen Dienstgrad geleistet haben oder auf Grund der gesetzlichen Vorschriften als Forst-, Feld- oder Jagdschutzberechtigte eidlich verpflichtet oder amtlich bestätigt sind, sowie die Fischereibeamten und die amtlich verpflichteten Fischereiaufsicher.

§ 19

(1) Eines Waffenerwerbsscheins oder eines Waffenscheins bedürfen hinsichtlich der ihnen dienstlich gelieferten Schusswaffen ferner nicht:

1. im Dienste des Reichs, der Länder, der Reichsbank oder des Unternehmens „Reichsautobahnen“ verwendete Personen, denen von der zuständigen Reichs- oder Landesbehörde, der Reichsbank oder dem Unternehmen „Reichsautobahnen“ das Recht zum Führen von Schusswaffen verliehen ist;
2. Unterführer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom Ortsgruppenleiter aufwärts, der SA, der H und des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps vom Sturmführer aufwärts sowie der Hitlerjugend vom Bannführer aufwärts, denen von dem Stellvertreter des Führers oder der von diesem bestimmten Stelle das Recht zum Führen von Schusswaffen verliehen ist; ferner die Angehörigen der SA-Wachstandarte Feldherrnhalle in den Fällen, in denen es der Führer bestimmt;
3. Führer der Technischen Nothilfe, denen vom Reichsminister des Innern das Recht zum Führen von Schusswaffen verliehen ist;
4. Personen im Luftschutzdienst, denen vom Reichsminister der Luftfahrt oder der von diesem bestimmten Stelle das Recht zum Führen von Schusswaffen verliehen ist; der Reichsminister der Luftfahrt bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern, welche Gruppen von Personen hierfür in Frage kommen;
5. Führer im Nationalsozialistischen Fliegerkorps vom Sturmführer und selbständigen Truppenführer aufwärts und selbständige Leiter von

Schulen, denen vom Reichsminister der Luftfahrt oder der von diesem bestimmten Stelle das Recht zum Führen von Schusswaffen verliehen ist.

(2) An die Stelle des Waffenscheins tritt bei ihnen eine entsprechende Bescheinigung, die für die im Abs. 1 Nr. 1, 3 bis 5 bezeichneten Personen von der vorgesehnten Dienst- oder der Aufsichtsstelle, für die im Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Personen von dem Stellvertreter des Führers oder der von diesem bestimmten Stelle ausgestellt wird.

§ 20

Werden den in den §§ 18, 19 bezeichneten Personen Schusswaffen dienstlich geliefert oder ist das Führen anderer als der dienstlich gelieferten Waffen geboten, so ist die vorgesehnte Dienst- oder die Aufsichtsstelle, bei den im § 19 Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Personen der Stellvertreter des Führers oder die von diesem bestimmte Stelle befugt, ihnen eine Bescheinigung auszustellen, aus der das Recht zum Erwerb oder zum Führen einer Schusswaffe ersichtlich ist.

§ 21

Der Jagdschein berechtigt den Inhaber zum Führen von Jagd- und Faustfeuerwaffen.

§ 22

(1) Der Erwerb von Kriegsgerät ist nur mit Erlaubnis des Oberkommandos der Wehrmacht oder der von ihm bestimmten Stellen zulässig.

(2) Der Begriff des Kriegsgeräts bestimmt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 6. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1337).

§ 23

(1) Am Einzelfalle kann einer Person, die sich staatsfeindlich betätigt hat oder durch die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist, Erwerb, Besitz und Führen von Schusswaffen und Munition sowie von Stieb- oder Stoßwaffen verboten werden.

(2) Waffen und Munition, die sich im Besitz der Person befinden, gegen die das Verbot ausgesprochen ist, sind entschädigungslos einzuziehen.

§ 24

(1) Die Einfuhr von Schusswaffen und Munition über die Zollgrenze bedarf der Erlaubnis. Die Erlaubnis ist zu verweigern, wenn gegen die Zuverlässigkeit des Einführenden Bedenken bestehen. Für die Erteilung und den Widerruf der Erlaubnis gelten sinngemäß die Vorschriften des § 15 Abs. 2, 3 und des § 17.

(2) Abs. 1 findet keine Anwendung auf die Einfuhr durch Behörden des Reichs oder der Länder sowie durch die in den §§ 3, 7 bezeichneten Gewerbetreibenden, die sich durch eine behördliche Bescheinigung ausweisen.

(3) Die Vorschriften des Gesetzes über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 6. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1337) bleiben unberührt.

(4) In den Zollauslässen und Freibeirken werden Schusswaffen und Munition nach Maßgabe der vom Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern zu erlassenden Vorschriften überwacht.

§ 25

(1) Verboten sind Herstellung, Handel, Führen, Besitz und Einfuhr

1. von Schusswaffen, die zum Zusammenklappen, Zusammenschieben, Verkürzen oder zum schleunigen Zerlegen über den für Jagd- und Sportzwecke allgemein üblichen Umfang hinaus besonders eingerichtet oder die in Stöcken, Schirmen, Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen sind;
2. von Schusswaffen, die mit einer Vorrichtung zur Dämpfung des Schußknalles oder mit Gewehrsehneimwerfern versehen sind; das Verbot erstreckt sich auch auf die bezeichneten Vorrichtungen allein;
3. von Patronen Kaliber · 22 (= 5,6 mm) kurz, lang oder lang für Büchsen (Kleinkaliberpatronen) mit Hohlspitzgeschöß (Voch- oder Kerbgeschöß).

(2) Für die Ausfuhr können Herstellung, Handel und Besitz der im Abs. 1 bezeichneten Schusswaffen, Vorrichtungen und Patronen gestattet werden.

Abschnitt V

Strafbestimmungen

§ 26

(1) Mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen dieses Gesetzes zuwider

1. Waffen, Munition oder die im § 25 Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Vorrichtungen herstellt, bearbeitet, instand setzt, erwirbt, feilhält, anderen überläßt, besitzt oder einführt, den Erwerb oder das Überlassen solcher Gegenstände vermittelt oder sich zu ihrem Erwerb oder Überlassen erbietet,
2. Schusswaffen führt.

(2) Neben der Strafe können die Waffen, die Munition oder die Vorrichtungen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Täter gehören, eingezogen werden. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden, wenn im übrigen die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

§ 27

(1) Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit Haft wird bestraft,

1. wer die nach § 4 Abs. 3 erforderliche Anzeige vorsätzlich oder fahrlässig nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,
2. wer den zur Durchführung oder Ergänzung dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften (§ 24 Abs. 4, § 31) vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt.

(2) Wer den im Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Vorschriften vorsätzlich zuwiderhandelt, nachdem er wegen ihrer vorsächlichen oder fahrlässigen Übertretung zweimal rechtskräftig verurteilt ist, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn seit der Rechtskraft der letzten Verurteilung bis zur Begehung der neuen Tat mehr als drei Jahre verfloßen sind.

Abschnitt VI

Schluß- und Übergangsbestimmungen

§ 28

Auf die in den §§ 3, 7 bezeichneten Gewerbebetriebe finden die Vorschriften der Gewerbeordnung insoweit Anwendung, als nicht in diesem Gesetz besondere Bestimmungen getroffen sind.

§ 29

(1) Wer beim Inkrafttreten dieses Gesetzes zum Betrieb eines der in den §§ 3, 7 bezeichneten Gewerbebetriebe berechtigt ist, bedarf keiner neuen Erlaubnis auf Grund dieses Gesetzes. Die nach den Vorschriften des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 143) erteilte Genehmigung ist jedoch bis zum 31. März 1939 zu widerrufen, wenn zu diesem Zeitpunkt die im § 3 Abs. 2 bis 5 bestimmten Voraussetzungen nicht vorliegen. Für Waffenhersteller bedarf es dabei eines Nachweises der sachlichen Eignung dann nicht, wenn sie beim Inkrafttreten dieses Gesetzes ihr Gewerbe ununterbrochen mindestens fünf Jahre lang ausgeübt haben. Die auf Grund des § 5 des Gesetzes über Schusswaffen und Munition erteilte Genehmigung zum Handel mit Schusswaffen oder Munition kann bis zum 31. März 1939 ferner widerrufen werden, wenn ein Bedürfnis für die Aufrechterhaltung dieser Genehmigung örtlich nicht besteht.

(2) Bedurfte der Gewerbetreibende bisher keiner Genehmigung, weil es sich um Schusswaffen oder um Munition handelte, die den Vorschriften des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 143) nicht unterlagen, so ist, wenn die Schusswaffen oder die Munition den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen, die Erlaubnis nach §§ 3, 7 binnen eines Monats nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu beantragen.

(3) Im Falle des Abs. 2 tritt die Strafbarkeit nach § 26 Abs. 1 Nr. 1 erst mit dem Ablauf eines Monats nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes oder, falls der Antrag innerhalb dieser Frist gestellt ist, mit Ablauf eines Monats nach seiner endgültigen Ablehnung ein.

§ 30

(1) Schusswaffen, die nicht die im § 10 vorgeschriebene Kennzeichnung tragen, dürfen noch bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gewerbmäßig feilgehalten oder anderen überlassen

werden, wenn ihre Kennzeichnung den Vorschriften des § 9 des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 143) entspricht oder wenn sie diesen Vorschriften nicht unterlagen.

(2) Bei Schusswaffen, die nicht den Vorschriften des § 9 des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 143) unterlagen und bei denen die Firma des Herstellers nicht mehr festzustellen ist, erloschen ist oder bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erloscht, genügt statt der im § 10 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Kennzeichnung die Angabe der Firma oder des eingetragenen Warenzeichens eines im Inlande wohnenden Händlers auf der Schusswaffe.

§ 31

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Er kann für bestimmte Arten von Waffen oder Munition Ausnahmen von den Vorschriften dieses Gesetzes zulassen.

§ 32

Weitergehende landesrechtliche Beschränkungen der Herstellung, des Handels, des Erwerbs, des Führens oder des Besitzes von Hieb- oder Stoßwaffen, mit Ausnahme der für Zigeuner oder nach Zigeunerart umherziehende Personen geltenden Vorschriften, treten spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft.

§ 33

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 1938 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. das Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 143);

2. die Ausführungsverordnung zu dem Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 13. Juli 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 198) in der Fassung der Verordnung vom 2. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 253);

3. das Gesetz gegen Waffenmißbrauch vom 28. März 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 77) in der Fassung des § 10 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 548);

4. Kapitel I (Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch) des 8. Teils der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 699, 742);

5. § 56 Abs. 2 Ziffer 8 der Gewerbeordnung.

(3) Die Inkraftsetzung dieses Gesetzes für das Land Österreich bleibt vorbehalten.

Berlin, den 18. März 1938.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Fried

Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes.

Vom 19. März 1938.

Auf Grund des § 31 des Waffengesetzes vom 18. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 265) wird folgendes verordnet:

Abschnitt I

Allgemeines

§ 1

(1) Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung ist in Preußen und Bayern der Regierungspräsident (in Berlin der Polizeipräsident), in Sachsen der Kreishauptmann, im Saarland der Reichskommissar für das Saarland und im übrigen die oberste Landesbehörde.

(2) Kreispolizeibehörde im Sinne dieser Verordnung ist in Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung die staatliche Polizeibehörde, im übrigen

in Stadtkreisen der Oberbürgermeister,

in Landkreisen in Preußen der Landrat, in den anderen Ländern die ihm entsprechende Behörde.

§ 2

(1) Gegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden auf Grund des Waffengesetzes und dieser Verordnung ist binnen zwei Wochen ausschließlich die Beschwerde an die vorgesehene Verwaltungsbehörde zulässig. Diese entscheidet endgültig.

(2) Gegen Verfügungen des Polizeipräsidenten in Berlin als Orts- oder Kreispolizeibehörde ist statt der Beschwerde der Einspruch zulässig. Die Entscheidung über den Einspruch ist dem Polizeipräsidenten selbst, seinem allgemeinen Vertreter oder einem Abteilungsleiter des Polizeipräsidentiums in Berlin vorbehalten.

§ 3

(1) Als wesentliche Teile im Sinne des § 1 Abs. 3 des Gesetzes sind anzusehen

a) bei Schusswaffen: Lauf, Verschluss, Trommel;

b) bei Munition: Hülse, Geschos.

(2) Als vorgearbeitete wesentliche Teile im Sinne des § 1 Abs. 3 des Gesetzes sind nur solche im Abs. 1 bezeichneten Gegenstände anzusehen, die sich in einem derart vorgeschrittenen Herstellungszustande befinden, daß sie ohne besondere maschinelle Vorrichtungen fertig gearbeitet und zur Zusammenfügung gebrauchsfähiger Schusswaffen oder gebrauchsfähiger Munition verwendet werden können.

§ 4

Druckluftwaffen mit einem Kaliber von 7 mm und darunter unterliegen den Vorschriften des Gesetzes mit Ausnahme der §§ 9, 24 und 25 nicht.

Abschnitt II

Herstellung von Schusswaffen und Munition und Handel mit diesen Gegenständen

§ 5

Zur Erteilung und Rücknahme der Herstellungserlaubnis (§ 3 des Gesetzes) ist die höhere Verwaltungsbehörde zuständig, in deren Bezirk der Gewerbetreibende seine gewerbliche Niederlassung hat oder begründen will.

§ 6

Zur Erteilung und Rücknahme der Handelserlaubnis (§ 7 des Gesetzes) ist die Kreispolizeibehörde zuständig, in deren Bezirk der Handeltreibende seine gewerbliche Niederlassung hat oder begründen will.

§ 7

Die Herstellung- und die Handelserlaubnis kann auf bestimmte Arten von Schusswaffen und Munition beschränkt werden.

§ 8

(1) Ob die für den Betrieb des Herstellungs- oder Handelsgewerbes erforderliche persönliche Zuverlässigkeit vorliegt (§ 3 Abs. 4, § 7 Abs. 2 des Gesetzes) ist unter Berücksichtigung des gesamten Vorlebens des Antragstellers und der Betriebsleiter zu prüfen.

(2) Die persönliche Zuverlässigkeit besitzen insbesondere nicht Personen,

1. die geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind;

2. gegen die auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht oder auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden ist, für die Dauer der Zulässigkeit der Polizeiaufsicht oder des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte;

3. die wegen Landesverrats oder Hochverrats verurteilt sind oder gegen die Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß sie sich staatsfeindlich betätigen;

4. die wegen vorsächlichen Angriffs auf das Leben oder die Gesundheit, wegen Land- oder Hausfriedensbruchs, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen eines gemeingefährlichen Verbrechens oder Vergehens, wegen einer strafbaren Handlung aus Gewinnsucht oder gegen das Eigentum oder wegen Jagdvergehens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten verurteilt sind, wenn seit Verbüßung der Strafe drei Jahre noch nicht verfloßen sind. Der Verbüßung der Freiheitsstrafe steht ihre Verjähmung, ihr Erlass oder ihre Umwandlung in eine Geldstrafe gleich; in diesem Falle beginnt die dreijährige Frist mit dem Tage, an dem die Freiheitsstrafe verjährt oder erlassen oder in eine Geldstrafe umgewandelt worden ist. Ist die Strafe nach einer Probezeit ganz oder teilweise erlassen, so wird die Probezeit auf die Frist angerechnet.

§ 9

(1) Die sachliche Eignung für das Herstellungsgewerbe (§ 3 Abs. 4 des Gesetzes) besißt nur, wer entweder die Meisterprüfung für das von ihm betriebene oder für ein diesem verwandtes Handwerk bestanden hat, oder wer die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in einem dieser Handwerke besißt. Der Meisterprüfung stehen die gemäß § 133 Abs. 10 der Gewerbeordnung anerkannten Prüfungen gleich. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammertag bestimmt, welche Handwerke als verwandt im Sinne dieser Verordnung gelten.

(2) Die sachliche Eignung für das Herstellungsgewerbe besißt ferner, wer seine Sachkunde durch den erfolgreichen Besuch einer Hochschule oder einer staatlich anerkannten Fachschule oder vor einer von der Industrie- und Handelskammer zu bestimmenden Stelle nachweist. Die näheren Bestimmungen über die sachlichen Anforderungen und das Prüfungsverfahren erläßt der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern.

§ 10

Juristischen Personen des Auslands und juristischen Personen, deren Kapital sich überwiegend in ausländischen Händen befindet, darf die Erlaubnis zum Betriebe des Herstellungsgewerbes oder Handelsgewerbes nicht erteilt werden.

§ 11

Die sachliche Eignung für das Handelsgewerbe (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes) besißt nur, wer entweder mindestens drei Jahre Inhaber eines Geschäfts gewesen ist, in dem Schußwaffen oder Munition verkauft worden sind, oder wer in einem solchen Geschäft mindestens drei Jahre als Verkäufer, Gehilfe oder Lehrling tätig ge-

wesen ist, oder wer seine Sachkunde vor einer von der Industrie- und Handelskammer zu bestimmenden Stelle nachweist. Die näheren Bestimmungen über die sachlichen Anforderungen und das Prüfungsverfahren erläßt der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern.

§ 12

Den Beginn oder die Einstellung des Gewerbes (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes) hat ein Herstellungsbetrieb der höheren Verwaltungsbehörde, ein Handelsbetrieb der Kreispolizeibehörde des Bezirks anzuzeigen, in dem der Gewerbetreibende seine gewerbliche Niederlassung hat.

§ 13

Die Erlaubnis zum Betriebe des Herstellungsgewerbes oder Handelsgewerbes ist stets dann zurückzunehmen (§§ 5, 7 Abs. 2 des Gesetzes), wenn bei Erteilung der Erlaubnis der zuständigen Behörde nicht bekannt war, daß einer der im § 3 Abs. 2 bis 5 des Gesetzes oder im § 8 Abs. 2 dieser Verordnung bezeichneten Verfassungsgründe vorlag oder wenn nachträglich einer dieser Fälle eintritt. Wegen Verlustes oder Beschränkung der Geschäftsfähigkeit (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 dieser Verordnung) ist die Erlaubnis nur zurückzunehmen, wenn kein Stellvertreter gemäß § 45 der Gewerbeordnung bestellt wird.

§ 14

Zur vorläufigen Untersagung der Weiterführung des Gewerbebetriebes (§ 5 Abs. 2 des Gesetzes) ist bei einem Herstellungsgewerbe die Kreispolizeibehörde, bei einem Handelsgewerbe die Ortspolizeibehörde zuständig, in deren Bezirk der Gewerbetreibende seine gewerbliche Niederlassung hat.

§ 15

(1) Wer gewerbsmäßig Schußwaffen herstellt, hat ein Waffenbuch zu führen, aus dem der Verbleib der Schußwaffen hervorgeht. Das Waffenbuch ist nach folgendem Muster anzulegen:

Nr.	Datum	Zahl	Art	Aufgedruckte Firma	Seriennummer	Name/Wohnort und Wohnung des Erwerbers
1	2	3	4	5	6	7

(2) Kriegsgerät wird in ein besonderes Waffenbuch eingetragen.

§ 16

(1) Wer gewerbsmäßig Faustfeuerwaffen erwirbt, feilhält oder anderen überläßt oder sich gewerbsmäßig zum Erwerb oder Überlassen solcher Gegenstände er-

bietet, hat ein Waffenhandelsbuch zu führen, aus dem die Herkunft und der Verbleib der Faustfeuerwaffen hervorgehen. Das Waffenhandelsbuch ist nach folgendem Muster anzulegen:

(Linke Seite)

Einnahme

Vdr. Nr.	Datum	Zahl	Art	Aufgedruckte Firma oder Warenzeichen	Herstellungsnnummer	Name und Wohnort des Abtassers
1	2	3	4	5	6	7

(Rechte Seite)

Ausgabe

Vdr. Nr.	Datum	Zahl	Art	Aufgedruckte Firma oder Warenzeichen	Herstellungsnnummer	Name, Wohnort und Wohnung des Erwerbers	Nachweis der Erwerbsberechtigung
8	9	10	11	12	13	14	15

(2) Der Verkäufer hat sich davon zu überzeugen, daß der Erwerber zum Erwerb von Faustfeuerwaffen berechtigt ist. Zu diesem Zweck hat er sich den Waffenerwerbsschein, Waffenschein oder Jahresjagdschein vorlegen zu lassen und in Spalte 15 des Waffenhandelsbuchs Art, Datum und Nummer des Scheines sowie die Behörde, die den Schein ausgestellt hat, zu vermerken. Ist der Erwerber zum Erwerb von Faustfeuerwaffen ohne Waffenerwerbsschein, Waffenschein oder Jahresjagdschein berechtigt, so ist dies in Spalte 15 zu vermerken (z. B. Reichsbehörde, Waffenhändler).

§ 17

Für das gewerbmäßige Vermitteln des Erwerbes oder des Abtassens von Faustfeuerwaffen ist das Waffenhandelsbuch (§ 16) nach folgendem Muster anzulegen:

Vdr. Nr.	Datum	Zahl	Art	Name, Wohnort und Wohnung des Abtassers	Name, Wohnort und Wohnung des Erwerbers
1	2	3	4	5	6

§ 18

(1) Das Waffen- und Waffenhandelsbuch (§§ 15 bis 17) muß dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein. Bevor es in Gebrauch genommen wird, ist es von der Ortspolizeibehörde unter Beglaubigung der Seitenzahl abzustempeln. In dem Buche dürfen weder Rasuren vorgenommen noch Eintragungen unleserlich gemacht werden. Alle Eintragungen müssen in deutscher Sprache und mit Tinte oder Tintenstift bewirkt werden. Das Buch ist zum 31. Dezember eines jeden Jahres sowie beim Wechsel oder bei der Einstellung des Betriebes unter Hinzufügung von Datum und Namensunterschrift so abzuschließen, daß nachträglich Eintragungen nicht mehr vorgenommen werden können. Binnen eines Monats nach Beginn des nächsten Kalenderjahres oder nach dem Wechsel des Betriebes ist das Buch der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung des Abschlusses einzureichen. Der beim Abschluß des Buches verbliebene Bestand ist vorzutragen, bevor neue Eintragungen vorgenommen werden. Das Buch ist stets auf dem laufenden zu halten und mit den erforderlichen Unterlagen der Polizeibehörde oder deren Beauftragten auf Verlangen vorzulegen.

(2) Der Gewerbetreibende ist verpflichtet, das Buch bis zum Ablauf von zehn Jahren, von dem Tage der darin vorgenommenen letzten Eintragung an gerechnet, aufzubewahren. Gibt der Gewerbetreibende das Gewerbe auf, so hat er die von ihm geführten Bücher der Ortspolizeibehörde zur Aufbewahrung zu übergeben.

(3) Die Vorschriften der Abs. 1 und 2 gelten auch für das Waffenbuch für Kriegsgerät mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Ortspolizeibehörde eine vom Oberkommando der Wehrmacht zu bestimmende Dienststelle der Wehrmacht tritt.

§ 19

(1) Als Hersteller im Sinne des § 10 des Gesetzes gilt auch, wer in seinem Betriebe gewerbmäßig Schusswaffen aus Teilen, die in anderen inländischen Betrieben gefertigt sind, zusammensetzt.

(2) Werden Schusswaffen im Inland aus Teilen, die in ausländischen Betrieben gefertigt sind, zusammengelezt, so müssen sie die Firma und die Herstellungsnummer desjenigen ausländischen Herstellers tragen, der den Lauf hergestellt hat.

(3) Den Vorschriften des § 10 des Gesetzes unterliegen nicht:

1. Vorderladerwaffen;
2. Gewehrmodelle bis zum Konstruktionsjahr 1870 einschließlich;
3. Schreckschusswaffen (Waffen, aus denen nur Knallpatronen verfeuert werden können);
4. Gas-, Betäubungs- und Scheintodwaffen (Waffen, die für Gas-, Betäubungs- oder Scheintod-

patronen bestimmt sind) mit einem Kaliber von 12 mm und darunter, wenn bei ihnen durch besondere Vorrichtungen das wirksame Verfeuern einer Kugel- oder Schrotpatrone unmöglich gemacht ist;

5. Selbstschußapparate;
6. Viehbetäubungsapparate.

Abschnitt III

Erwerb, Führen, Besitz und Einfuhr von Waffen und Munition

§ 20

Eines Waffenerwerbsscheins bedarf es nicht zum Überlassen oder Erwerbe folgender Kauffeuerwaffen:

1. Vorderladerpistolen oder -revolver;
2. Schreckschußwaffen (Waffen, aus denen nur Schnellpatronen verfeuert werden können);
3. Gas-, Betäubungs- und Scheintodwaffen (Waffen, die für Gas-, Betäubungs- oder Scheintodpatronen bestimmt sind) mit einem Kaliber von 12 mm und darunter, wenn bei ihnen durch besondere Vorrichtungen das wirksame Verfeuern einer Kugel- oder Schrotpatrone unmöglich gemacht ist.

§ 21

Nach § 11 Abs. 3 Buchstabe b des Gesetzes bedarf es nicht der Aushändigung eines Waffenerwerbsscheins zur Versendung von Kauffeuerwaffen unmittelbar in das Ausland. Dem Ausland im Sinne dieser Vorschrift stehen gleich

1. die Zollausgänge, mit Ausnahme von Helgoland und der Badischen Zollausgänge,
2. die Freibezirke und Freizonen.

§ 22

(1) Eines Waffenscheins bedarf es nicht zum Führen folgender Schußwaffen:

1. Vorderladerwaffen;
2. von den Hinterladerwaffen:
 - a) Gewehrmodelle bis zum Konstruktionsjahr 1870 einschließlich,
 - b) Zimmerstutzen,
 - c) Flobertgewehre (Feshings) mit gezogenem Laufe mit einem Kaliber von 6 mm und darunter sowie Flobertgewehre mit nicht gezogenem Laufe mit einem Kaliber von 9 mm und darunter;
3. Waffen der im § 20 Nr. 2 und 3 dieser Verordnung bezeichneten Art.

(2) Eines Waffenscheins bedarf es ferner nicht zum Führen von Selbstschuß- und von Viehbetäubungsapparaten.

§ 23

(1) Den Waffenerwerbsschein und den Waffenschein stellt die Kreispolizeibehörde aus, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat. In dringenden Fällen kann auch die Kreispolizeibehörde, in deren Bezirk sich der Antragsteller nur vorübergehend aufhält, den Schein ausstellen; dies hat von der Ausstellung die Kreispolizeibehörde, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat, zu benachrichtigen.

(2) Hat der Antragsteller seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht innerhalb des Deutschen Reichs, so ist die Kreispolizeibehörde zuständig, in deren Bezirk der Aufenthalts- oder der Einreisort liegt.

(3) In den Fällen des Abs. 1 Satz 2 und des Abs. 2 ist die Geltungsdauer des Scheines auf höchstens drei Monate festzusetzen.

§ 24

Der Waffenerwerbsschein und der Waffenschein sind nach den aus den Anlagen I und II ersichtlichen Mustern auszustellen.

§ 25

(1) Wer Kauffeuerwaffen auf Grund eines Waffenerwerbsscheins einem anderen überläßt, hat auf dem Scheine die Waffen nach Zahl, Art, aufgedruckter Firma oder Warenzeichen und Herstellungsnummer sowie das Datum der Überlassung mit Tinte oder Tintenstift zu vermerken.

(2) Der Erwerbsschein ist dem Erwerber zurückzugeben, wenn die Zahl, auf die er lautet, noch nicht erreicht ist. Andernfalls hat der Überlasser den Erwerbsschein binnen zwei Wochen der Kreispolizeibehörde einzureichen, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz hat. Gehört er zu den in den §§ 3, 7 des Gesetzes bezeichneten Gewerbetreibenden, so hat er die Erwerbsscheine gesammelt am Ende jedes Kalendermonats der Kreispolizeibehörde einzureichen, in deren Bezirk er seine gewerbliche Niederlassung hat.

(3) Ebenso ist mit Bescheinigungen zu verfahren, die nach § 20 des Gesetzes ausgestellt sind und zum Erwerb einer Kauffeuerwaffe berechtigen.

§ 26

Die Bescheinigungen nach § 12 Nr. 6 und § 24 Abs. 2 des Gesetzes stellt für die im § 3 des Gesetzes bezeichneten Gewerbetreibenden die höhere Verwaltungsbehörde (§ 5 dieser Verordnung), für die im § 7 des Gesetzes bezeichneten Gewerbetreibenden die Kreispolizeibehörde (§ 6 dieser Verordnung) aus.

§ 27

Ausnahmen nach § 13 Abs. 2 des Gesetzes bewilligt die Kreispolizeibehörde, in deren Bezirk der Jugendliche seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat. Hält er sich nur vorübergehend innerhalb des Deutschen Reichs auf, so bewilligt die Ausnahme die Kreispolizeibehörde, in deren Bezirk er sich aufhält.

§ 28

Ausnahmen nach § 15 Abs. 3 des Gesetzes bewilligt die höhere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat. Hält er sich nur vorübergehend innerhalb des Deutschen Reichs auf, so bewilligt die Ausnahme die höhere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk er sich aufhält.

§ 29

(1) Die landesrechtlichen Gebühren für die Ausstellung von Waffenerwerbsscheinen und Waffenscheinen dürfen 3 Reichsmark für den Schein nicht übersteigen.

(2) Für Doppel dürfen nur Schreibgebühren erhoben werden.

§ 30

Zum Widerruf und zur Einziehung des Waffenerwerbsscheins und des Waffenscheins ist die Kreispolizeibehörde zuständig, in deren Bezirk der Inhaber des Scheines seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat. Hält er sich nur vorübergehend innerhalb des Deutschen Reichs auf, so ist die Kreispolizeibehörde zuständig, in deren Bezirk er sich aufhält.

§ 31

Bescheinigungen nach § 20 des Gesetzes sind gefordert

1. für das Führen einer einzelnen Schusswaffe,
2. für den Erwerb einer einzelnen Faustfeuerwaffe auszustellen.

§ 32

Jagd Waffen im Sinne des § 21 des Gesetzes sind Schusswaffen, die zur Verwendung bei der Jagd auf jagdbare Tiere bestimmt sind und hierbei üblicherweise verwendet werden.

§ 33

Zum Erlass eines Verbots nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes sowie zur Einziehung von Waffen und Munition nach § 23 Abs. 2 des Gesetzes ist die Kreispolizeibehörde zuständig, in deren Bezirk die Person, gegen die sich das Verbot richtet, ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat.

§ 34

(1) Die Erlaubnis zur Einfuhr gemäß § 24 des Gesetzes erteilt die Kreispolizeibehörde, in deren Bezirk der Einführende seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat oder in deren Bezirk sein Einreiseort liegt.

(2) Die Zollbehörde vermerkt auf der Bescheinigung, durch die die Erlaubnis erteilt ist, die Einfuhr und gibt die Bescheinigung sodann an die Polizeibehörde, die sie ausgestellt hat, zurück.

(3) Einer Erlaubnis zur Einfuhr nach § 24 des Gesetzes bedarf es außer in den im § 24 Abs. 2 des Gesetzes bezeichneten Fällen nicht:

1. für deutsche Staatsangehörige hinsichtlich solcher Schusswaffen und Munition, mit denen sie aus dem Ausland in das Inland wieder einreisen;
2. für Mitglieder ausländischer Schießsportverbände, die zu Schießsportveranstaltungen des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen oder des Deutschen Schützenverbandes einreisen, hinsichtlich der von ihnen zwecks Teilnahme an diesen Veranstaltungen mitgeführten Schusswaffen und Munition;
3. für Personen, die ihren Wohnsitz nicht im Reichsgebiet haben, für die von ihnen mitgeführten Jagdwaffen und Munition, deren Einfuhr von einer deutschen Vertretung im Ausland (Botschaft, Gesandtschaft oder Berufskonsulat) durch Unbedenklichkeitserklärung zugelassen wird.

§ 35

(1) Ausnahmen für die Herstellung, den Handel und den Besitz der im § 25 des Gesetzes bezeichneten Schusswaffen, Vorrichtungen und Patronen zur Ausfuhr bewilligt die höhere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk der Antragsteller seine gewerbliche Niederlassung hat.

(2) Schusswaffen, Vorrichtungen und Patronen, die von Behörden des Reichs oder der Länder oder von der Reichsbank zu dienstlichen Zwecken benötigt werden, fallen nicht unter das Verbot des § 25 Abs. 1 des Gesetzes.

§ 36

In der Verordnung über ein vorübergehendes Verbot der Einfuhr von Faustfeuerwaffen vom 12. Juni 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 367) erhält Abs. 2 folgende Fassung:

„Ausnahmen im Einzelfalle sind unter den Voraussetzungen des § 24 Abs. 1 des Waffengesetzes vom 18. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 265) zulässig.“

Berlin, den 19. März 1938.

Der Reichsminister des Innern

Fried

Anlage II

(Zum § 21 der Verordnung)

<p>Platz für Nachbilde</p>	<p style="text-align: center;">Waffenschein Nr.</p> <p style="text-align: center;"><u>Gültig auf drei Jahre</u></p> <p>wohnhaft in</p> <p>geboren am in</p> <p>wird hierdurch die Erlaubnis zum Führen</p> <p>.....</p> <p>innerhalb des Deutschen Reichs</p> <p>..... erteilt.</p> <p>....., den 19</p>
<p>(Scheinbühne durchlöcher des Inhabers)</p>	<p style="text-align: center;">(Stempel)</p> <p style="text-align: right;">(Einheitsstelle)</p>

Ausführungsbestimmungen

zu § 9 Abs. 2 Satz 2 und § 11 Satz 2 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes.

Vom 21. März 1938.

Auf Grund des § 9 Abs. 2 Satz 2 und des § 11 Satz 2 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 19. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 270) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Die Stelle, vor der die fachliche Eignung für das Herstellungs- oder das Handelsgewerbe im Sinne der §§ 9 Abs. 2 und 11 der Durchführungsverordnung vom 19. März 1938 (vgl. auch § 3 Abs. 2 bis 5 und § 7 des Gesetzes) nachzuweisen ist, ist ein von der Industrie- und Handelskammer zu bestimmender Sachverständiger, der durch langjährige Beschäftigung mit der Herstellung von Waffen und Munition vertraut sein muß. Der Sachverständige braucht nicht Mitglied der Industrie- und Handelskammer zu sein. Die Ernennung des Sachverständigen ist von der Industrie- und Handelskammer in geeigneter Weise bekanntzumachen.

Berlin, den 21. März 1938.

Der Reichswirtschaftsminister

In Vertretung

Brintmann

(2) Die fachliche Eignung für die Herstellung von Schießpulver jeder Art ist durch eine Prüfung vor dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt nachzuweisen.

§ 2

Es findet nur eine mündliche Prüfung statt. Der Bewerber hat darin ausreichende Kenntnisse über die Art, Konstruktion und Handhabung der gebräuchlichsten Schusswaffen und über die Behandlung und Verwendung der gebräuchlichsten Munition nachzuweisen.

§ 3

Über das Ergebnis der Prüfung (§ 2) hat der Sachverständige eine Bescheinigung zu erteilen. Die Industrie- und Handelskammer kann zur Deckung der Kosten von dem Bewerber eine Gebühr bis zu 5 Reichsmark erheben.